

ÖSTERREICH BEKOMMT MEHR UNTERNEHMERTUM, WENIGER BÜROKRATIE!



COMEBACK-PAKET FÜR DIE INDUSTRIE

Der Wirtschaftsstandort verdient Stabilität und Verlässlichkeit: Die Wirtschaft ist und bleibt die Speerspitze für ein leistungsfreundliches und wettbewerbsberechtigtes Österreich. Die Analyse des Regierungsprogramms zeigt: Ein Kurs der wirtschaftlichen Vernunft hat sich durchgesetzt. Das ist auch entscheidend für Österreichs Industrie, die mit einem Produktionswert von 200 Milliarden Euro knapp 30 Prozent der heimischen Bruttowertschöpfung erwirtschaftet und mit einer Exportquote von 66 Prozent auf international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen angewiesen ist.

Die Top 3-Erfolge für die Wirtschaft

Es ist gelungen, ein **Comeback-Paket für den Standort** zu schnüren, mit den Säulen: **Leistung, Wettbewerb und Bürokratieabbau**. Zudem wird das Unternehmertum gestärkt und der **Staat auf Fitnesskur** geschickt.

- 1 Ein **Leistungspaket für die Fleißigen**, damit die, die mehr leisten, belohnt werden.
- 2 Ein **wettbewerbsfreundliches Österreich**, damit Wachstum und Wohlstand gesichert werden und wir international wieder vorne mitspielen können.
- 3 **Mehr Unternehmertum und weniger Bürokratie**, damit Unternehmer wieder Unternehmer sein können.

Wichtige Maßnahmen für die Industrie



Steuern & Finanzen:

- ✓ **Bekanntnis zur Senkung der Lohnnebenkosten:** Bis zur Mitte der Regierungsperiode werden – abhängig von der konjunkturellen und budgetären Entwicklung – die Lohnnebenkosten in einem ersten Schritt gesenkt. Ziel ist danach eine weitere stufenweise Entlastung im Rahmen des FLAF (3,7%), der ohne Leistungsreduktion aus dem öffentlichen Budget gedeckt werden soll. Damit soll die preisliche Wettbewerbsfähigkeit für die Betriebe verbessert werden.
- ✓ **Sonderabschreibungen / Evaluierung der Abschreibungsdauer:** Die derzeit geltenden gesetzliche Abschreibungsdauer entspricht oft nicht der wirtschaftlichen Realität und wirkt investitionsfeindlich. In Zeiten des Wandels sollten die Abschreibungsmöglichkeiten für langfristige

Investitionen möglichst attraktiv gestaltet werden, um die Transformation zu unterstützen.

Abschreibungsdauern sollen daher verkürzt bzw. Sonderabschreibungen ermöglicht werden.



Standort, Industriepolitik, Bürokratieabbau und Kapitalmarkt:

- ✓ **Bekanntnis zum SAG:** Planbarkeit für die energieintensive Industrie, denn die hohen Energiepreise stellen eine enorme Belastung für die heimische Industrie dar. Darum braucht es ein Bekenntnis für leistbare und konkurrenzfähige Energiepreise und zu Strompreiskompensation (SAG).

- ✓ **Senkung der Energiekosten + Sonderbudget + Sozialtarif:** Energie (Strom, Wärme, Treibstoff) ist eine Voraussetzung für alle Wirtschaftsleistungen. Hohe und volatile Energiepreise belasten Österreichs internationale Wettbewerbsfähigkeit extrem und werden zur Gefahr für unseren Wohlstand. Maßnahmen zur Entlastung und Vorbereitung auf mögliche zukünftige Krisen sind so rasch wie möglich zu setzen.
- ✓ **Impulse für vorgezogene Investitionen zur Konjunkturbelebung 2025 (mit Abschreibungen):** Staatliche Mittel sind essenziell, um Investitionslücken zu schließen und strukturellen Herausforderungen zu begegnen. Insbesondere sollen Hochbauprojekte in den Gemeinden zur Modernisierung der sozialen Infrastruktur forciert werden – z.B. beschleunigte Kinderbetreuungs-offensive oder Pflegeeinrichtungen. Vorgezogene Investitionen sind zudem ein wichtiger Konjunkturimpuls für die Bauwirtschaft.
- ✓ **Entbürokratisierung:** Bürokratieabbau ist eines der Top-Themen für unsere Wirtschaft. Mit einem umfassenden Entbürokratisierungspaket können sich die Wirtschaftstreibenden wieder auf ihre Haupttätigkeit konzentrieren. Dieses Paket enthält unter anderem: Entbürokratisierungsstelle zur transparenten Darstellung von Bürokratiekosten, Bürokratiebremse durch einen Deregulierungs-beauftragten, jährlicher Entbürokratisierungsbericht, Aus von Gold Plating, Grundsatz „Beraten statt strafen“ und Ausnahmeregelungen beispielsweise von der Pfandannahmepflicht.
- ✓ **Bürokratieabbau auf EU-Ebene:** Die Bundesregierung setzt sich auf EU-Ebene für ein Screening und für die Aufhebung unverhältnismäßiger Regulierung und unverhältnismäßiger Berichtspflichten ein.
- ✓ **Fachkräfte- und Qualifizierungsstrategie:** Qualifizierte Mitarbeiter sind die Basis für eine erfolgreiche Wirtschaft. Um Österreichs Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, gilt es, das Fachkräftepotenzial im technologischen und ökologischen Wandel zu stärken. Eine Fachkräfte- und Qualifizierungsoffensive macht Ausbildungs-plätze im industriellen Umfeld attraktiver und modernisiert die duale Ausbildung.
- ✓ **Industrie- und KMU-Strategie:** Die Industrie sieht sich komplexen Herausforderungen gegenüber, ihre Wettbewerbsfähigkeit gerät zunehmend unter Druck. Mit einer industriepolitischen Strategie für Österreich sollen Synergien mit europäischen Initiativen genutzt und Finanzmittel mobilisiert werden. Zielsetzung ist es, proaktiv die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu stärken und zukunftssichere Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen. Dazu ist es nötig, die Sozialpartner strukturiert in die Formulierung der Industriepolitik-Strategie einzubinden und KMU-Aspekte systematisch zu berücksichtigen.
- ✓ **Umsetzung von IPCEI:** Important Projects of Common European Interest (IPCEI) sind ein spezielles Förderinstrument der EU, um für den Wirtschaftsstandort **strategisch** wichtige Projekte zu fördern. Solche Projekte wurden in Österreich bereits erfolgreich umgesetzt. Ein Bekenntnis zu weiteren IPCEIs am Standort ist wichtig, um Vorreiter in strategischen Schlüsselbranchen zu bleiben.
- ✓ **Forschungsprämie und Forschungsfinanzierungsgesetz werden abgesichert:** Die Forschungsprämie hat enorme positive volkswirtschaftliche Auswirkungen und ist für viele Unternehmen eine wesentliche Komponente, um sich für den Standort Österreich zu entscheiden. Durch die Absicherung und Weiterentwicklung dieser positiven Maßnahme wird der Forschungsstandort nachhaltig gestärkt.
- ✓ **Optimale Ausschöpfung europäischer Forschungsmittel:** Ob Horizon, Chips Act, Weltraumprogramme oder Sicherheit: Österreich setzt sich für zügige Genehmigung von Investitionsvorhaben auf EU-Ebene (z.B. Halbleiter & EU-Chips-Act) ein, budgetiert die notwendigen Rahmenbedingungen für Investitionen und agiert als Vorreiter in der Weiterentwicklung des europäischen Forschungsraums: Österreich setzt sich für ein starkes, eigenständiges nächstes EU-Forschungsrahmenprogramm (FP 10) ein.
- ✓ **Spitzenforschung „Made in Austria“ mit Fokus auf Schlüsseltechnologien:** Forschung unterstützt den Strukturwandel, um Wertschöpfung, hochwertige Arbeitsplätze und Resilienz zu stärken. Das Ziel ist, die Forschung in Österreich zu stärken, um so exzellente Forscherinnen und Forscher zu rekrutieren und kritische Massen zu schaffen.
- ✓ **Transformation im Mobilitäts-, Energie- und Produktionssektor:** Mit Fokus auf Exzellenz, effektiverer Kooperation zwischen Institutionen und stärkerem Wissenstransfer von Wissenschaft in Wirtschaft und Gesellschaft soll Österreich europaweit zu den Innovationleaders der Forschung aufschließen. Zukunftsorientierte Investitionen im Rahmen einer Technologieoffensive legen noch stärkeren Fokus auf Stärkefelder und Schlüssel-technologiebereiche von der Grundlagenforschung bis zur konkreten Anwendung (z.B. Quantenphysik/-technologie, Produktionstechnologie, Mikroelektronik, Life Sciences, Materialforschung, künstliche Intelligenz und Weltraumforschung).



Energie und Netze:

- ✓ **Leistbare Energie und Senkung der Netzkosten:** Aufgrund des Ausbaus volatiler Erzeugungskapazitäten werden die Netzinvestitionen und damit die Netzkosten für die Verbraucher massiv ansteigen. Gleichzeitig sind die Strom-Großhandelspreise relativ hoch; signifikante Senkungen sind nicht zu erwarten. Das Gleiche gilt für die Preise von Gas. Daher braucht es bei allen Energiepreiskostenkomponenten Maßnahmen der Politik, um den Entwicklungen entgegenzuwirken.
- ✓ **Technologieneutralität:** Technologieneutrale Zugänge bei der Regulatorik stärken den Wettbewerb zwischen Unternehmen und unterstützen Innovation und Forschung. Technologieneutrale Regulierung ist bei sich weiterentwickelnden Technologien zukunftsicher und bietet Stabilität.
- ✓ **Etablierung eines Wasserstoffstart- und kernnetzes:** Es braucht rasch rechtliche Rahmenbedingungen für ein Wasserstoffstart- und -kernnetz, das die Nutzung von Wasserstoff für First Mover wirtschaftlich ermöglicht. Österreich ist aktuell auf Energieimporte angewiesen und wird das wohl auch in Zukunft noch sein. Daher sind die Entwicklung einer Wasserstoffimportstrategie sowie die Schaffung und Implementierung von Instrumenten zur Senkung des Importrisikos von Wasserstoff zentrale Maßnahmen.
- ✓ **Optimale Nutzung der Gasinfrastruktur:** Die Gasinfrastruktur ist ein bestehendes Asset, das wir auch in Zukunft für die Transformation nutzen können (Wasserstoff, Biomethan). Das Potenzial an grünen Gasen kann nur genutzt werden, wenn ein funktionsfähiges Verteilnetz bestehen bleibt.



Infrastruktur & Genehmigungsverfahren:

- ✓ **Genehmigungsverfahren durch das UVP-Gesetz:** Nach der umfassenden Reform des UVP-Verfahrens durch die UVP-G-Novelle 2023 sind zur weiteren Ankurbelung von Investitionen und der Unterstützung der Energiewende weitere Verbesserungs- und Beschleunigungspotenziale durch eine Novelle zum UVP-G auszuschöpfen.
- ✓ **Verfahrensbeschleunigung – EABG: Turbo für die Energiewende:** Mit einer zügigen Umsetzung der RED-III-RL in einem Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) müssen Genehmigungen von Energiewendeprojekten künftig deutlich rascher und einfacher werden. Die RED-III-RL zeigt Wege auf, wie man einen besseren Ausgleich

mit Artenschutz- und Naturschutzinteressen finden kann. Ein EABG soll daher rasch umgesetzt werden.

- ✓ **Verfahrensbeschleunigung – Betriebsanlagenrecht & Digitalisierung:** Im Betriebsanlagenrecht sind an mehreren Stellen praxistaugliche Maßnahmen erforderlich, um unsere Unternehmen zu entlasten und Bürokratie abzubauen. Das betrifft vor allem Genehmigungsfreistellungen, etwa im Bereich Photovoltaik.



Arbeitsmarkt:

- ✓ **Fachkräfteoffensive:** Eine umfassende Fachkräfteoffensive muss gestartet werden, um alle Potenziale zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zu nutzen. Zum einen wird es Zuwanderung in den Arbeitsmarkt benötigen, um der demographischen Lücke am Arbeitsmarkt zu begegnen. Daher werden die Kriterien der Rot-Weiß-Rot-Karte angepasst und der gesamte Antrags- und Bearbeitungsprozess beschleunigt und digitalisiert. Zusätzlich soll das inländische Fachkräftepotential durch geeignete Maßnahmen bestmöglich mobilisiert werden.
- ✓ **Anreize für längeres Arbeiten:** In Österreich werden trotz gestiegener Beschäftigtenzahlen nach wie vor weniger Stunden gearbeitet als vor der COVID-Pandemie. Es sollen daher Anreize gesetzt werden, die zu Mehrarbeit motivieren. Daher sollen u.a. die gestaffelten Arbeitslosenversicherungsbeiträge überdacht werden. Auch die geringfügige Beschäftigung soll weiterentwickelt werden.



Weitere wichtige Maßnahmen:

- ✓ **Langfristiges Ziel der Erhöhung der Forschungsquote auf über 4%:** Damit Österreich weiterhin Technologievorreiter sein kann, soll die Forschungsquote von derzeit 3,3 auf 4 Prozent erhöht werden. Nur über Forschung und Entwicklung und damit verbundenen Produktivitätssteigerungen kann die Wettbewerbsfähigkeit langfristig gesichert werden.
- ✓ **Schrittweiser Aufbau eines One-Stop-Shop mit dem Ziel einer einmaligen Einmeldung von Daten bei öffentlichen Stellen:** Um den Kontakt zu Unternehmen möglichst niederschwellig und unbürokratisch zu gestalten, soll die Verwaltung weiter digitalisiert werden.
- ✓ **2. verpflichtendes Kindergartenjahr:** Die emotionalen und sozialen Fähigkeiten eines Kindes im Alter von null bis sechs müssen in Österreich besser gefördert werden. Dazu gehört ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr.